



Foto: dpa

### INHALT

## 50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung „Wegweiser und Kompass“

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung und ihren Beitrag zur Entwicklung und Verteidigung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt.

Bei einem Festakt zum 50-jährigen Bestehen der Stiftung sagte Merkel vor rund 3.000 Gästen im frühe-

ren Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn, die Konrad-Adenauer-Stiftung werde gebraucht als Wegweiser und Kompass auch für Entscheidungen der Partei. Sie sei unersetzlicher Ratgeber und Impulsgeber der CDU bei wichtigen Zukunftsaufgaben.

Dazu gehörten Antworten auf Fragen, was das ▶

Wolfgang Schäuble:  
Die Macht des Glaubens  
Seite 4-8

Landesparteitag der  
Sächsischen Union:  
Bekenntnis  
zum Patriotismus  
Seite 9

## HEUTE AKTUELL

■ Buchtipps: Religion und Politik (Seite 5) ■ Bundestag: Datenhandbuch jetzt auch online (Seite 7) ■ Hans-Gert Pöttering: EU-Gipfel in Hampton Court (Seite 8) ■ Parlamentsreform in Niedersachsen (Seite 10–11) ■ Mecklenburg-Vorpommern: Neuer Fraktionsvorsitzender (Seite 10) ■ Medientage in München (Seite 11) ■ Senioren Union: Lebensarbeitszeit erhöhen – Altersdiskriminierung abbauen (Seite 12) ■ Senioren Union: Deutsch-Polnische Versöhnung (Seite 12) ■ Michael Fuchs: Bürokratieabbau vorantreiben (Seite 13) ■ Ronald Pofalla: Arbeitslosenzahlen sind Signal für Veränderungen (Seite 14) ■ Katherina Reiche: Chancengerechtigkeit fördern (Seite 14) ■ Öffentlichkeitsarbeit (Seite 15–16)



Foto: Harald Odehmal

Der Festakt der Konrad-Adenauer-Stiftung im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn.

► christliche Menschenbild für die Demokratie bedeute und wie sich die soziale Marktwirtschaft in Zeiten der Globalisierung behaupten könne. „Wir brauchen diejenigen, die über den Tag hinaus denken und immer neue Anregungen geben“, sagte Merkel. Gleichzeitig betonte sie aber auch die Unabhängigkeit von Stiftung und Partei, die „niemals enger als nah“ sei.

Mit Blick auf die Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung sagte die CDU-Vorsitzende: „Demokratie wird nicht einfach ver-

erbt, sondern muss in jeder Generation neu erarbeitet werden.“ Demokratie sei anstrengend – aber es gebe keine bessere und freiheitlichere Staatsform. Merkel wünschte sich eine „aktive Bürgergesellschaft, die zu freiwilligem Engagement“ ermutige.

### Beitrag für Freiheit und Gerechtigkeit

Auch Bundespräsident Horst Köhler dankte in seiner Festrede der Stiftung für ihren „unverzichtbaren Bei-

## IMPRESSUM

# UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

trag für Freiheit und Gerechtigkeit“. Neben der Förderung der internationalen Zusammenarbeit sei heute besonders auch die des akademischen Nachwuchses aktueller denn je. Gerade in der Bildung liege die Zukunft Deutschlands und damit auch die der Stiftung. Die Stiftung spiele eine wichtige Rolle für die internationale Verständigung und Partnerschaft, sagte Köhler. Er wünsche der Stiftung dafür „weiterhin viel Erfolg“.

## „Neue Dimensionen“ der Bildungsarbeit

Die heutigen Aufgabengebiete der Adenauer-Stiftung hätten sich innerhalb der vergangenen 50 Jahre „schrittweise entwickelt“ und „sich den erheblichen Veränderungen in Deutschland, Europa und der Welt angepasst“, sagte der Vorsitzende der Stiftung, Bernhard Vogel, bei der Jubiläumsveranstaltung. Er wies darauf hin, dass die politische Bildungsarbeit heute eine neue Dimension gewonnen habe. Ihre Inhalte müssten neu bestimmt werden, so Vogel. Die politische Bildung müsse Zukunftswissen vermitteln und Orientierung geben. Sie müsse sich dabei dem Vertrauensverlust der Bürger in



Plakat zur Deutschen Einheit vor dem Neubau des Bürogebäudes der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, schräg gegenüber der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Anfang 2006 werden dort die Hauptabteilungen Politik und Beratung, Internationale Zusammenarbeit sowie der Vorstand und die Pressestelle einziehen.

die Gestaltungsfähigkeit der Politik stellen, aber auch der Verunsicherung der Menschen in einer sich schnell wandelnden Welt.

Nach den Worten Vogels, der der Stiftung von 1989 bis 1995 vorstand und 2001 erneut den Vorsitz übernahm, verfügt die Adenauer-Stiftung in diesem Jahr nur noch über zwei Drittel des Etats von 1992. Um den Kernbereich der eigenen Arbeit sicherzustellen, sei es langfristig notwendig, diesen Finanzbedarf aus eigenen Mitteln zu decken.

Vogel rief in seiner Rede dazu auf, das Jubiläum zu nutzen, um „Impulse zu geben für die künftige Entwicklung der Stiftung“.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ging aus der „Gesellschaft für Christlich-Demokratische Bildungsarbeit e.V.“ hervor, die Ende 1955 in Bonn gegründet wurde. Seit 1964 trägt sie den Namen des ersten deutschen Bundeskanzlers. Sie hat rund 550 Mit-

arbeiter und ist in 100 Ländern mit etwa 200 Projekten vertreten.

Die Stiftung engagiert sich in der politischen Bildung, in der Nachwuchsförderung mit der Vergabe von Stipendien, mit Projekten im Ausland und in der Politikberatung.

Weitere Informationen zu der Festveranstaltung finden Sie unter [www.journalistenakademie.com/50jahre](http://www.journalistenakademie.com/50jahre)



Wolfgang Schäuble

## Die Macht des Glaubens

**Religion ist eine wichtige Ressource, aus der in unserer Gesellschaft fundamentale Wertorientierungen entspringen. Eine Zeit lang schien es freilich so manchem, als habe die Religion jedenfalls für uns aufgehört, eine Herausforderung für die Politik zu sein.**

Auch die große Mehrheit derjenigen, die noch einer Kirche angehörten, war anscheinend der Ansicht, Religion sei vor allem eine Sache des persönlichen Glaubens, den man aus der politischen Auseinandersetzung weitgehend heraushalten sollte. Das große Zauberwort war Säkularisierung. Es galt als mehr oder weniger ausgemacht, dass sich der Entwicklungsstand einer Gesellschaft nicht zuletzt daran zeigen sollte, wie säkular sie war.

Die große Ausnahme, die in dieses Weltbild nie passte, waren die Vereinigten Staaten von Amerika. Dort spielte die Religion in der Öffentlichkeit eine fundamentale Rolle. Sicherlich in einem ganz besonderen Sinn – immerhin existiert auf der verfassungsrechtlichen Ebene in den USA eine der strengsten Trennungen von Kirche und Staat. Dennoch scheint



Wolfgang Schäuble

immer noch zu gelten, was Alexis de Tocqueville vor über 150 Jahren beobachtete: dass Religion die erste der republikanischen Institutionen in den USA darstellt.

Inzwischen gilt es als anerkannt, dass die Annahme, dass Religion im Wesentlichen ihren herausfordernden Charakter für die Politik verloren hat, schlicht gesagt falsch war. Angesichts der großen Aufgaben, vor denen unsere Gesellschaft zweifellos steht, ist vielen Menschen die Bedeutung von das Leben orientierenden Werten wieder stärker bewusst geworden. Gibt es eine letzte Instanz, vor der individuelle Entscheidungen verantwortet werden müssen? Wie setzen wir uns Grenzen, angesichts der Bedrohung, die unserer Welt und uns

selbst von den anscheinend „unbegrenzten“ Möglichkeiten drohen? Die Diskussion über den Gottesbezug in der EU-Verfassung, über Stammzellenforschung am Beginn und über Sterbehilfe am Ende menschlichen Lebens, aber auch – in ganz anderer Weise – die öffentliche Anteilnahme an der Person des letzten Papstes während seiner letzten Tage deuten darauf hin, dass eine neue Sensibilisierung einsetzt.

### Religion bedeutet in Deutschland tatsächlich Religionen

Dennoch wäre es falsch, hier eine Art Rückkehr zu einem Status quo ante zu sehen. Denn wie auch immer man die künftige Rolle von Religion in Deutschland einschätzt, sie ist jetzt und in Zukunft auf jeden Fall viel pluraler verfasst als jemals zuvor. Religion bedeutet in Deutschland tatsächlich Religionen, wobei dem Islam eine herausgehobene Bedeutung zukommt. Das zeigt sogleich ein weiteres Problem. Die Wahrnehmung großer Teile der Öffentlichkeit ist für verschiedene Reli-

gionen sehr unterschiedlich: In welcher Weise stellen Islam, Christentum und Buddhismus eine Herausforderung für die Politik dar? Wir müssen die Frage nur stellen, um zu sehen, dass sie intuitiv von den meisten für jede dieser Religionen verschieden beantwortet wird. Gleichzeitig verpflichtet uns unsere grundgesetzliche Ordnung zu Recht zu einer prinzipiellen Gleichbehandlung der verschiedenen Religionen. Auch das ist gewissermaßen eine „Herausforderung“ für die Politik und für den konkreten Politiker.

Religion gehört zu den wichtigsten Kräften, die Menschen verbinden, und auch das ist etwas, was wir gerade heute, in unserer immer individualistischer werdenden Gesellschaft brauchen. Politische Institutionen, so wichtig sie sind, reichen dafür nicht aus, sie bedürfen selbst anderer Fundamente, damit sie von den Bürgern mit Leben erfüllt werden. Das ist auch die Grenze des Konzepts vom „Verfassungspatriotismus“. Es ist kein Zufall, dass selbst ein so eifriger Verfechter dieses Konzepts wie Jürgen

Habermas in seinem 2003 gemeinsam mit Jacques Derri-da verfassten Aufruf über die „Wiedergeburt Europas“ davon spricht, es sei die „Macht der Gefühle“, die Europas Bürger miteinander verbinde und ihnen eine gemeinsame Identität geben könne. Verfassungspatriotismus als eine Sache der Vernunft reicht eben nicht, es braucht ebenso die „Macht der Gefühle“.

Anders als Habermas hat Karl Otto Hondrich Identitätswerte seit langem mit Bezug auf Gefühle definiert. Auf die Frage, was eine Ge-

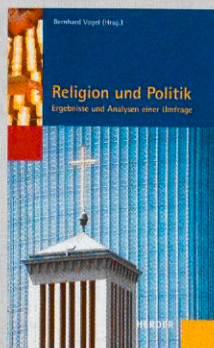
## BUCHTIPP: RELIGION UND POLITIK

**Wie steht es um das Verhältnis von Religion und Politik in Deutschland? Dieser Frage ging die Konrad-Adenauer-Stiftung nach und beauftragte das Institut dimap, eine repräsentative Umfrage durchzuführen.**

Ende 2002 wurden 2000 Bundesbürgerinnen und -bürger nach Glaube und Religiosität, nach Rolle und Bedeutung der Kirchen, nach der Stellung christlicher Werte in der Politik und nach der Haltung der Bevölkerung zum Islam und zu Muslimen gefragt.

In dem Buch „Religion und Politik“ unterziehen

die Autoren – Kirchenvertreter, Politiker und Wissenschaftler – die Ergebnisse einer genauen Analyse und zeigen auf, wie es um das Verhältnis von Religion und Politik in Deutschland bestellt ist. Schlagworte wie Wertewandel, Glaubensverlust und Säkularisierung werden kritisch beleuchtet. Zu den Autoren zählen u.a. Christoph Böhr, Vorsitzender der CDU-Wertekommission („Der politische Anspruch des christlichen



Menschenbildes in der säkularisierten Gesellschaft“), und Hermann Kues, kirchenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion („Werte in der Politik“). Im An-

hang des Buches sind zudem die Umfrageergebnisse in tabellarischer Form abgedruckt.

Bernhard Vogel (Hrsg.), Religion und Politik. Ergebnisse und Analysen einer Umfrage, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2003.

sellschaft zusammenhält, antwortet Hondrich: „geteilte Gefühle“. In einem im April in der „FAZ“ veröffentlichten Artikel, „Die Divisionen des Papstes“, geht er – im Zusammenhang mit dem Tod des Papstes – ausdrücklich auf diesen Punkt ein und formuliert treffend: „Vom Einklang der Gefühle geht ein eigener Zauber aus: der Zauber der Einheit.“ Und tatsächlich – wenn wir uns einem Gemeinwesen zugehörig fühlen wollen, dann muss es etwas geben, was uns auf einer tieferen menschlichen Ebene miteinander verbindet. Auf genau der Ebene, auf der auch Religion und Glaube angesiedelt sind. In diesem Sinn können wir auch in einem modernen, pluralen und säkularen Gemeinwesen nicht auf den Beitrag der Religion verzichten.

### Wir müssen wieder lernen, uns mehr selbst zuzutrauen

Wir haben lange, zu lange, vom Staat die Lösungskompetenz für fast alle Probleme erwartet, die es in unserer Gesellschaft gibt. Wir können – und müssen – heute einsehen, dass wir eine Kurskorrektur brauchen. Wir müssen wieder lernen, uns

mehr selbst zuzutrauen. Nicht alles kann vom Staat übernommen werden, sondern nur das soll von ihm übernommen werden, was er mit seinen Möglichkeiten besser machen kann. Wenn wir heute bei uns die Rolle von bürgerschaftlichem Engagement stärken wollen, dann ergibt sich schon daraus, dass die politische Relevanz von Religion, gerade auch in ihrer Fähigkeit zur Gemeinschaftsbildung, von bleibender, eher steigender Bedeutung in unserer Gesellschaft ist.

Aber – das ist an dieser Stelle ein nahe liegender Einwand – übersieht eine solche Argumentation nicht, dass diese einigende Rolle der Religion ein Ding der Vergangenheit war, dass sie in einer Zeit zunehmend pluraler Religiosität zum Anachronismus geworden ist? Übersieht sie nicht zudem, dass Religion – gerade in ihrer pluralen Realität – zumindest ebenso viel Trennendes wie Verbindendes enthält? Wie können wir es erreichen, dass wir Menschen durch Religion miteinander verbinden? Und gleichzeitig vermeiden, dass auf der Grundlage unterschiedlicher religiöser Bekenntnisse neue Gräben aufgerissen werden?

Dafür ist es notwendig, dass wir auf das sehen, was

uns in unserer religiösen und konfessionellen Verschiedenheit miteinander verbindet, nicht auf das, was uns trennt. Nehmen wir den zumindest für die monotheistischen Religionen zentralen Bezug auf Gott. Bei allen im Einzelnen großen Unterschieden kommt es im Grundsatz darauf an, dass Menschen wissen, dass sie mit ihrem eigenen Leben und Tun in der Verantwortung vor einer Autorität stehen, die sie nicht selbst eingesetzt haben.

### Für einen Gottesbezug in der Europäischen Verfassung

Genau darum geht es in der Präambel des deutschen Grundgesetzes. Bevor die eigentliche Verfassung beginnt, wird dort gesagt, dass das deutsche Volk sich dieses Grundgesetz im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott gegeben hat. In diesem Sinn wünschte ich mir auch einen Gottesbezug in der Europäischen Verfassung. Ich kann nicht einsehen, warum ein solcher Gottesbezug sich gegen die schon heute in der EU lebenden Muslime richten sollte.

Der Bezug auf Gott erweist seine Bedeutung für das Zusammenleben der

Menschen nicht zuletzt dadurch, dass er unmittelbare und direkte Folgen für das Menschenbild hat. Die Verantwortung der Menschen vor Gott ist nie losgelöst von der Verantwortung für den Mitmenschen. In unsere Verfassungswirklichkeit hat dieser Gedanke Eingang gefunden in der Formulierung des Artikels 1 Grundgesetz, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Dieser Grundsatz gilt unumstößlich; auch keine verfassungsändernde Mehrheit könnte ihn ändern. Und das zu Recht.

Die Menschenwürde, die dem Glauben entspricht, dass der Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist, bedeutet, dass jeder Mensch seine eigene, unveräußerliche und unverwech-

selbare Würde hat. Das bedeutet notwendig auch den Respekt vor der Verschiedenheit und damit Toleranz. Deshalb ist zwischen geistlichem und weltlichem Regiment zu trennen. Wenn Glaubensgewissheit in irdische Ordnung übersetzt wird, ist für Toleranz wenig Platz. Deshalb entspricht die Absage an jeden Fundamentalismus in der politischen Ordnung unserer christlichen Überlieferung.

Der Bezug auf Gott führt jedoch nicht nur zum Gedanken der Menschenwürde und dem Toleranzprinzip. Er kann den Menschen auch davor bewahren, sich selbst zum Maß aller Dinge zu machen. Der Mensch braucht Grenzen. Diese Einsicht ist für unsere heutige Welt überlebens-

wichtig. Die Menschen lernen in ungeheurer Geschwindigkeit hinzu. Wissenschaft und Technik ermöglichen ihnen Dinge, von denen noch vor wenigen Jahrzehnten kaum zu träumen war: Biotechnologie, Nanotechnik und Astrophysik. Die globalisierte Wirtschaft produziert eine sich permanent wandelnde Welt und gibt dem Menschen erstaunliche Instrumente an die Hand, um sein eigenes Geschick und das der Erde in die Hand zu nehmen.

### Religion als Herausforderung für politisches Handeln

Bei all dem bleibt der Mensch jedoch ambivalent. Seine Größe ist gleichzeitig

## BUNDESTAG: DATENHANDBUCH JETZT AUCH ONLINE

Das „Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages“ ist ein Klassiker unter den zahlreichen Publikationen des Deutschen Bundestages.

Seit 1984 ist das Datenhandbuch in seinen verschiedenen Ausgaben und Auflagen ein gefragtes Medium, das Auskunft über nahezu das gesamte Geschehen im Deutschen Bundestag gibt. Wahlergebnisse,



Berufsstruktur der Abgeordneten, Verzeichnisse und Statistiken zu Anfragen, Aktuellen Stunden, Aufhebung der Immunität und zur Gesetzgebung, Überblicke über die Ent-

wicklung der Bundestagsverwaltung, Bibliographie, Chroniken u.v.a.m. werden im Datenhandbuch übersichtlich präsentiert.

Erstmals nun erscheint das Datenhandbuch, das es bisher als Print-Version gab, auch im Internet. Das Datenhandbuch kann als PDF unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de), Navigationspunkt „Informations-Center“, heruntergeladen werden.

sein Verhängnis. Sein Streben führt ihn zu neuen und höheren Einsichten, aber auch zu Neid, Habgier und Streit. Im Krieg sehen wir diese „Wolfsnatur“ des Menschen in ihrer zerstörerischen Wirklichkeit. Wir hatten in den letzten Jahren mehr als genug Gelegenheit, Zeugen davon zu werden. Dabei ist die militärische Auseinandersetzung nicht die einzige Gelegenheit, bei der sich das Fragwürdige, ja Gefährliche am Menschen ohne Maß zeigt. Für uns ist mindestens genau so wichtig die Bedrohung, die für Mensch und Welt von einer ungezügelter Erwerbswirt-

schaft ausgeht. Auch da zeigt sich der Mensch als Wolf. Es kommt für unsere Zukunft darauf an, dass wir uns selbst hier Zügel anlegen. Marktwirtschaft ist unverzichtbar, ein ungezügelter Markt jedoch ist unmenschlich.

So ist Religion tatsächlich eine zentrale Herausforderung für heutiges politisches Handeln. Wir finden uns mit großen Aufgaben konfrontiert, auf nationaler wie globaler Ebene – zwischen beiden lässt sich oft gar nicht mehr richtig unterscheiden. Es muss uns gelingen, die motivierenden und persönlichen- sowie gemein-

schaftsbildenden Kräfte der Religion für die Lösung dieser Aufgaben zu mobilisieren. Dies wird eine entscheidende Bedingung für unseren Erfolg im Bereich der Politik sein.

**Wolfgang Schäuble** ist stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und designierter Bundesinnenminister. Der Artikel basiert auf der ersten Berliner religionspolitischen Rede, die Wolfgang Schäuble am 25.10.2005 an der Humboldt-Universität zu Berlin gehalten hat. Der Text ist erstmals erschienen im Rheinischen Merkur vom 27.10.2005.

## EU-GIPFEL IN HAMPTON COURT

**Als Zwischenbilanz der britischen EU-Ratspräsidentschaft hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, den Ausgang des informellen Gipfeltreffens in Hampton Court bezeichnet.**

Ob es gelungen ist, Einigkeit und Vertrauen zwischen den Staats- und Regierungschefs wiederherzustellen, werde sich allerdings erst beim Dezember-Gipfeltreffen zeigen, wenn über den EU-Haushalt für 2007 bis 2013 beschlossen werden soll. Er hoffe, so Pöttering,

dass es der britischen Präsidentschaft gelingen werde, die wichtige Entscheidung über die finanzielle Vorausschau im Dezember zum Abschluss zu bringen.

Pöttering sprach sich dafür aus, dass der vorgeschlagene Globalisierungsfonds dann über die im Rahmen der Finanziellen Vorausschau im Bereich Regionalpolitik verfügbaren Mittel finanziert und kein eigener Fonds außerhalb der Finanziellen



Hans-Gert Pöttering

Vorausschau eingerichtet wird. Dieses Modell sei im Stahlsektor bereits erfolgreich in Europa praktiziert worden. Wie im Stahlsektor gehe es darum, Um-

strukturierungsmaßnahmen, z.B. Bildungsmaßnahmen zu unterstützen, nicht aber Erhaltungssubventionen zu leisten. Für solche Maßnahmen seien bereits Mittel im Regionalfonds vorhanden, so dass die Einsetzung eines zusätzlichen Fonds nicht notwendig sei.



Landesparteitag der Sächsischen Union

## Bekenntnis zum Patriotismus

Auf dem Landesparteitag der Sächsischen Union in Schwarzenberg (Erzgebirge) ist der Landesvorsitzende, Georg Milbradt, in seinem Amt bestätigt worden.

In seiner Rede vor den 220 Delegierten sagte Milbradt: „Die Sächsische Union kämpft für absolute Mehrheiten, im Landtag und in den Kommunalparlamenten. Das ist unser Ziel.“ Sachsens Erfolge, so der Landesvorsitzende und sächsische Ministerpräsident, „sprechen die klare Sprache verantwortungsvoller Politik“. Die Entwicklung des Freistaates in den vergangenen 15 Jahren trage die eindeutige Handschrift der CDU. Sachsen habe gerade zum zweiten Mal den Titel „dynamischstes Bundesland Deutschlands“ gewonnen. Dies sei eine Auszeichnung für die gesamte Sächsische Union und ihre Arbeit für den Freistaat. Dieser Erfolgskurs müsse konsequent weiterverfolgt werden: „Wer dieses Land liebt, der muss es stetig verändern. Dazu gibt es keine Alternative“, so der sächsische Ministerpräsident.



Georg Milbradt

Mit großer Mehrheit verabschiedete der Parteitag den Antrag „Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa“. Mit diesem Papier will die Sächsische Union eine bundesweite Diskussion über Patriotismus anstoßen.

„Wir müssen wissen, was unser Land zusammen hält und was ihm Kraft gibt. Das geht nicht ohne Vaterland und nicht ohne Liebe zur Heimat“, sagte Milbradt. Er rief dazu auf, das Thema Patriotismus nicht den Rechtsextremisten zu überlassen. „Die NPD steht für ein anderes, für ein finsterner Deutschland. Wir stehen für Freundschaft mit unseren europäischen Nachbarn, für ein Deutschland, das Schwächeren hilft und das Verantwortung für Frieden und Demokratie trägt.“

Auch CDU-Generalsekretär Volker Kauder lobte auf dem Parteitag den programmatischen Vorstoß der Sächsischen Union. In einer Zeit, in der „an-

geblich nur noch Geiz geil ist“, sei es besonders wichtig darauf hinzuweisen, „dass wir alle Teil einer Schicksalsgemeinschaft sind“, sagte Kauder. In Deutschland sei Schreckliches geschehen. Die Geschichte Deutschlands dürfe aber nicht nur auf einen Teil reduziert werden, betonte er mit Blick auf den Nationalsozialismus. „Wir dürfen auch darüber reden, was an Großartigem geleistet wurde.“

Auf dem Parteitag wurde auch der Generalsekretär der Sächsischen Union Michael Kretschmer im Amt bestätigt. Als stellvertretende Landesvorsitzende wählten die Delegierten die Leipziger Kreisvorsitzende Christine Clauß, Kultusminister Steffen Flath und den Landrat des niederschlesischen Oberlausitzkreises Bernd Lange.

# Parlamentsreform in Niedersachsen

**Effektivere, lebendigere und aktuellere Plenarsitzungen, eine neue Debatte- und Kultur im Landtag sowie eine Stärkung des Parlaments** – das sind die Ziele der fraktionsübergreifenden Verständigung über eine Parlamentsreform in Niedersachsen, die der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Bernd Althusmann gemeinsam mit den Parlamentarischen Geschäftsführern der Landtagsfraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in

Hannover vorgestellt hat.

Nachdem seit dem Regierungswechsel im März 2003 unter Federführung der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP bereits erhebliche Reformen im Landtag von Niedersachsen auf den Weg gebracht worden sind (u.a. Parlamentsverkleinerung, Verringerung der Fraktionszuschüsse, Reduzierung der Ausschüsse, Verkleinerung des Landtagspräsidiums), soll nun die Tagesordnung von Landtagsplenarsitzungen noch aktueller werden. Darü-

ber hinaus sollen die Redezeiten flexibel auf besonders wichtige oder aktuelle Themen verteilt werden können. Auch das Verfahren bei mündlichen und dringlichen Anfragen wird im Sinne einer Stärkung der Position der Abgeordneten und des Parlaments verändert.

Bernd Althusmann lobte die fraktionsübergreifende Verständigung auf einen gemeinsamen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages: „Derart viele Än-

## MECKLENBURG-VORPOMMERN: NEUER FRAKTIONS-VORSITZENDER

**Der Schweriner Landtagsabgeordnete und CDU-Innenexperte, Armin Jäger, ist neuer Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. In geheimer Wahl erhielt Jäger 23 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme von 24 abgegebenen Stimmen.**

Die Neuwahl war notwendig geworden, weil der langjährige Fraktionsvorsitzende Eckhardt Rehberg sein Amt nach der Wahl in den Deutschen Bundestag niedergelegt hatte. Eckhardt Rehberg stand der CDU-Landtagsfraktion seit

1990 vor. Er war damit der dienstälteste Fraktionsvorsitzende in einem Landtag. Im Rahmen eines Empfanges anlässlich des 15-jährigen Bestehens der CDU-Fraktion wurde Eckhardt Rehberg im Schweriner Schloss aus seinem Amt verabschiedet.

Armin Jäger, der 1941 in Berlin geborene neue Fraktionsvorsitzende, war von 1995 bis 1997 Staatssekretär im Ministerium für Bau,



Armin Jäger

Landesentwicklung und Umwelt sowie im Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern und vom 13. Mai 1997 bis 3. November 1998 Innenmi-

nister des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Seit dem 26. Oktober 1998 gehört der Schweriner Rechtsanwalt und Vater von drei Kindern dem Landtag an. In seiner Heimatstadt ist er Präsident der Stadtvertretung.



Bernd Althusmann

derungen der Parlamentsarbeit hat es im Niedersächsischen Landtag in so kurzer Zeit und in nur einer einzigen Legislaturperiode noch nicht gegeben.“ Der CDU-

Politiker warnte vor einem „ständigen Wehklagen“ über die vermeintliche Ohnmacht der Parlamente. Althusmann erinnerte daran, dass an die Stelle angeblich verloren gegangener Zuständigkeiten der Landesparlamente ein erheblicher innerstaatlicher Beteiligungsföderalismus getreten sei. Die Länder wirkten über den Bundesrat maßgeblich an der Gesetzgebung des Bundes mit. Rund 60 Prozent der zustimmungsbedürftigen Bundesgesetze müssten eine Mehrheit im Bundesrat finden. Althusmann bezeichnete es als

„konsequent, dass sich die Enquête-Kommission ‚Parlamentsreform‘ in der letzten Legislaturperiode schwerpunktmäßig auch mit der Frage des Bedeutungsverlustes des Niedersächsischen Landesparlaments durch Ministerpräsidentenkonferenzen, Fachministerkonferenzen oder aber sonstige Gremien und Arbeitskreise beschäftigt hat.“ Die Signale für einen Konvent der Landtage und für eine Zurückgewinnung von Länderkompetenzen seien im Übrigen von Niedersachsen ausgegangen.

## MEDIENTAGE MÜNCHEN

näher am Menschen.



v.l.n.r.: der ARD-Vorsitzende Thomas Gruber, CSU-Generalsekretär Markus Söder, der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medienpolitik und baden-württembergische Ministerpräsident Günther H. Oettinger und der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss Kultur und Medien Bernd Neumann

Am Rande der Medientage München trafen sich die Medienpolitiker von CDU und CSU zu einem Meinungsaustausch über aktuelle Fragen der Medienpolitik. Im Mittelpunkt des Treffens standen die

Schleichwerbungsfälle bei der ARD und die EU-Fernsehrichtlinie. Ministerpräsident Günther Oettinger nannte es zwingend notwendig, dass Programmverantwortliche keine Vorteile aus Werbung bzw.

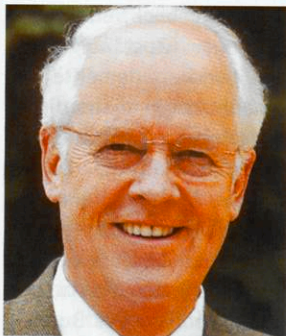
Produktbestellungen ziehen dürften. Man dürfe aber nicht übers Ziel hinaus schießen. Auch zukünftig müsse beispielsweise im Tatort die Lebenswirklichkeit dargestellt werden können.

## Lebensarbeitszeit erhöhen – Altersdiskriminierung abbauen

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands hat sich grundsätzlich dafür ausgesprochen, sich für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis zum 67. Lebensjahr entscheiden zu können, soweit die Berufsausübung körperlich zumutbar ist.

„Angesichts der demographischen Entwicklung und der Lage der sozialen Sicherungssysteme ist eine solche Entscheidung in absehbarer Zeit unumgänglich.“, sagte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU, Otto Wulff, in Berlin. „Eine solche Entscheidung ist jedoch nur sinnvoll, wenn die neue Bundesregierung ihre wichtigste Aufgabe bewältigt, nämlich die Arbeitslosigkeit abzubauen, damit genügend Arbeitsplätze auch für Ältere bereitgestellt werden können.“

Wulff betonte weiter: „Solange nur rund 40 Prozent der 55- bis 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und in mehr als 50 Prozent der deutschen Betriebe überhaupt keine über 50-Jährigen einer Arbeit nachgehen können, ist diese Diskussion allerdings rein theoretischer Natur.“ Eine



Otto Wulff, Vorsitzender der Senioren Union

Anhebung der Lebensarbeitszeit sei nur dann sinnvoll, wenn insbesondere im Bereich der Großindustrie die Beschäftigung älterer Menschen signifikant steige. Der Vorsitzende der Senioren-Union erinnerte daran, dass diese Erhöhung der Lebensarbeitszeit verbunden werden müsse mit einem Abbau der Altersdiskriminierung in

vielen Bereichen des beruflichen und öffentlichen Lebens. „Man kann zwar heute ohne Altersbegrenzung Bundeskanzler oder Minister sein, aber man darf mit 60 Jahren nicht einmal mehr für das Amt eines hauptberuflichen Bürgermeisters kandidieren.“ Ähnliches gelte im Bereich der medizinischen Dienste, der öffentlichen Gutachter Tätigkeit oder auch in ehrenamtlichen Schöffenfunktionen, so Wulff. „Wenn also Änderungen nötig und möglich sind, dann nicht nur im Sinne einer Zwangsweiterbeschäftigung, sondern auch für die vielen älteren Menschen, denen heute selbst im Ehrenamt noch eine berufliche Entfaltung durch altersdiskriminierende Vorschriften verwehrt wird.“

### DEUTSCH-POLNISCHE VERSÖHNUNG

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands hat in einem Festakt im Französischen Dom in Berlin die Goldene Verdienstmedaille an Stanislaw Lagun und Urban Thelen verliehen. Der 86-jährige Lagun wurde ausgezeichnet, weil er sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs u. a.

durch die Einrichtung eines deutschen Kulturhauses um die unter polnischer Verwaltung zurückgebliebenen Deutschen kümmerte. Der 90-jährige Thelen wurde für die Rettung der Reliquien des polnischen Nationalheiligen Adalbert vor dem Zugriff der Gestapo geehrt.

Michael Fuchs

## Bürokratieabbau vorantreiben

Um Deutschland wieder fit zu machen, ist Bürokratieabbau eine der dringlichsten Aufgaben. Denn Bürokratieabbau ist eine Wachstumsspritze, die den Staat keine „müde Mark“ kostet.

Die Union fordert für den Einzelnen mehr Freiheit und Selbstverantwortung und einen Staat, der nur dort tatkräftig zur Stelle ist, wo er wirklich gebraucht wird. Die künftige Bundesregierung will nun in den ersten 100 Tagen mit einem Small-Business-Gesetz Mittelstand und Existenzgründer von besonders wachstumshemmender Überregulierung befreien.

So werden bestehende Verbandsklagerechte auf den Prüfstand gestellt, die Schwellenwerte sollen angehoben bzw. vereinfacht werden, und Teilzeitbeschäftigte sind gemäß ihrer Arbeitszeit und Auszubildende sind gar nicht bei den Schwellenwerten zu berücksichtigen. Es wird wieder möglich sein, schneller Genehmigungsverfahren zu durchlaufen, indem Genehmigungsfiktionen – mit Ausnahme bei Großanlagen- und Erleichterungen im Gewerbe-, Umwelt- und Bau-



Michael Fuchs

recht eingeführt werden. Die zwingende Bestellung von Betriebsbeauftragten sollen Unternehmen dadurch erfüllen können, dass sie nachweislich selbst dafür sorgen, dass sie die spezifischen Anforderungen in ihrem Betrieb einhalten können. Weniger Statistiken, Abbau von Mehrfachprüfungen in Betrieben, wie z.B. durch Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsichtsämter, sowie die Vereinfachung betriebsärztlicher und sicherheitstechnischer Betreuung von Kleinbetrieben werden angegangen.

Neben diesen Sofortmaßnahmen wird es eine systematische Durchforstung aller bestehenden Rechtsvorschriften sowie effektive Instrumente zur Verhinde-

rung neuer Überregulierung geben.

In Zukunft soll bei Erlass neuer Rechtsnormen ein Bürokratie-TÜV bei Unternehmen und Bürgern entstehende Bürokratiekosten quantifizieren. Es werden verstärkt Anreize für mehr Service- und Leistungsorientierung im öffentlichen Dienst gesetzt, indem das bestehende Beamtenrecht fortentwickelt, ein Behördenwettbewerb „Innovative Verwaltung“ eingeführt und ein Gesamtkonzept zum Verwaltungscontrolling erarbeitet wird. Bei zwingenden Hand- und Spanndiensten, die Unternehmen für die öffentliche Hand ausführen, wird ein Kostenerstattungsprinzip eingeführt. In Zukunft werden verwaltungsrechtliche Ermessens- bzw. Zweckmäßigkeitsscheidungen wieder mehr gegen verwaltungsgerichtliche Eingriffe abgegrenzt.

Warm einpacken und Bürokratie in Deutschland abbauen – dann wäre schon viel gewonnen.

**Michael Fuchs** war in der letzten Legislaturperiode Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bürokratieabbau der Unionsfraktion.



Ronald Pofalla



Katherina Reiche

## Arbeitslosenzahlen sind Signal für Veränderungen

**Die neuen Arbeitsmarktzahlen sind ein klares Signal, die notwendigen Veränderungen in Deutschland mit aller Kraft voranzubringen.**

Wir müssen den dramatischen Einbruch bei den sozialversichert Beschäftigten stoppen, um das Fundament unserer Gesellschaft zu bewahren. Nach wie vor herrscht in Deutschland die höchste Herbstarbeitslosigkeit seit fast 60 Jahren. Die Botschaft, die von den aktuellen Arbeitsmarktzahlen ausgeht, lautet daher: Unser Land braucht substantielle Verbesserungen und einen klaren Kurs für mehr Beschäftigung. Das wird die Kernaufgabe der Großen Koalition unter Führung von Angela Merkel sein.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt zeigt, dass wir uns keinen Stillstand leisten können. Die Menschen, die heute keine Arbeit haben, müssen morgen wieder eine echte Chance erhalten. Vorfahrt für Arbeit ist und bleibt daher der wichtigste Leitfaden für die Union in den laufenden Koalitionsverhandlungen.

**Ronald Pofalla** ist stell. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Chancengerechtigkeit fördern

**Der PISA-Ländervergleich hat zwei Botschaften. Erstens: Das Leistungsniveau der Schüler muss sich in vielen Bundesländern verbessern.**

Innerhalb Deutschlands gibt es über alle Schulformen hinweg Abstände von zum Teil über einem Jahr zwischen den PISA-Siegern Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg und Thüringen zu anderen Ländern, wie den Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen. Zweitens:

Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg hat sich nur in den Ländern etwas gelockert, die insgesamt auch gute PISA-Ergebnisse erreichen. Entscheidend ist dabei, wie viele junge Menschen die Schule mit Kompetenzen und Kenntnissen verlassen, die sie für den Beruf und eingelungenes persönliches Leben brauchen.

In Brandenburg können 23 Prozent der 15-jährigen Schüler kaum lesen, in Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen sind es 25 Prozent und in Bremen 30 Prozent.

Das Rezept Einheitschule ist gegen diesen Missstand wirkungslos. Wer Bildungsgerechtigkeit herstellen will, muss Risikogruppen besonders fördern und von vorneherein klein halten. Hierbei gilt der Grundsatz „je früher, desto effektiver“. Bildungselemente gehören bereits in den Kindergarten. Kinder mit Sprachdefiziten müssen besonders gefördert werden. Bund und Länder müssen sich stärker engagieren und frühe Förderung, insbesondere Sprachschulung, vor der Schule garantieren.

**Katherina Reiche** ist bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## ADVENTSZEIT

### Advents-/ Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nummer: **2867**  
 Preis je **25 Stück: 8,00 €**  
 inkl. MwSt.: 9,28 €



### Weihnachts-CD

Bestell-Nummer: **9300**  
 Preis je **Stück: 2,00 €**  
 inkl. MwSt.: 2,32 €



### Klassik-CD

„Harmonie in Sinfonie“

Bestell-Nummer: **9116**  
 Preis je **Stück: 4,00 €**  
 inkl. MwSt.: 4,64 €



### CDU-Geschenkbund

10 mm x 25 m

Bestell-Nummer: **0306**  
 Preis je **Rolle: 4,00 €**  
 inkl. MwSt.: 4,64 €



### Siegelmarke „CDU“

ovale Silberfolie 34 x 25 mm, Rolle à 100 Stück

Bestell-Nummer: **0307**  
 Preis je **Rolle: 3,80 €**  
 inkl. MwSt.: 4,41 €



## WINTERZEIT



### Reflektoren „Smilie“

Bestell-Nummer: **9558**  
Preis je **25 Stück: 22,50 €**  
inkl. MwSt.: 26,10 €



### Eiskratzer

Bestell-Nummer: **9890**  
Preis je **70 Stück: 45,00 €**  
inkl. MwSt.: 48,15

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de